

Tagesordnung 1 Punkt 3 der öffentlichen Sitzung am 12.09.2006

Vorlage Nr. 06-F-01-0083

Schaffung einer 'Kommunalen Härtefallkommission'
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 05.09.2006 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, eine ‚kommunale Härtefallkommission‘ einzurichten, die sich aus je einer Vertreterinnen bzw. einem Vertreter folgender Institutionen zusammensetzt:

- a) Integrationsdezernat
- b) Katholische Kirchengemeinde Wiesbaden
- c) Evangelische Kirchengemeinde Wiesbaden
- d) Jüdische Gemeinde Wiesbaden
- e) Islamische Gemeinden
- f) Ausländerbeirat
- g) Caritasverband
- h) Innere Mission
- i) AWO
- j) Flüchtlingsrat

Begründung:

Eine ‚kommunale Härtefallkommission‘ ist im Blick auf die in nächster Zeit zu erwartenden Bleiberechtsregelungen der Landesinnenminister für die langjährig Geduldeten von großer Bedeutung. Die vorbereitende Entscheidung zur Frage im Einzelfall, ob eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis beantragt werden kann oder nicht, ist durch eine solche Kommission auf eine breite gesellschaftliche Basis gestellt.

Da die Bildung einer solchen Kommission erfahrungsgemäß eine gewisse Vorlaufzeit benötigt, erscheint es sinnvoll, sie schon jetzt zu bilden, damit sie in etwa zeitgleich mit den spätestens im Frühjahr 2007 in Kraft tretenden Regelungen der Landesinnenminister tätig werden kann. Für den Beginn dieser Tätigkeit zeichnet sich die Abarbeitung eines großen ‚Staus‘ von Fällen ab.

Beschluss Nr. 0038

Der Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 05.09.2006 betr.

Schaffung einer ‚Kommunalen Härtefallkommission‘

wird abgelehnt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2006

Spruch
Vorsitzende

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .09.2006

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .09.2006

Dezernat VII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Diehl
Oberbürgermeister